Ressort: Finanzen

Union dringt auf Öffnungsklausel bei Grundsteuerreform

Berlin, 29.03.2019, 00:00 Uhr

GDN - Im Streit um die Reform der Grundsteuer will die CDU/CSU-Bundestagsfraktion den Bundesländern das Recht einräumen, selbst festzulegen, wie sie die Grundsteuer künftig berechnen wollen. Wie das Nachrichtenmagazin Focus berichtet, haben Mitglieder der Fraktionsführung Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) in Gesprächen aufgefordert, den Ländern eine "umfassende Abweichungskompetenz" einzuräumen.

Dadurch soll jedes Land selbst ein Berechnungsmodell wählen können. Scholz lehnt eine solche Öffnungsklausel dagegen bisher ab. Er will ein bundesweites Modell, wonach der Wert einer Immobilie die Grundsteuerhöhe mitbestimmt. Das lehnt unter anderem Bayern ab. Der Berichterstatter der CDU/CSU-Fraktion, Fritz Güntzler, sagte dem Focus: "Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion geht mit der Forderung nach einer umfassenden Abweichungskompetenz in die Verhandlungen mit Finanzminister Scholz." Es dürfte keine weitere Zeit verloren werden, mahnte Güntzler und forderte Scholz auf, seinen Widerstand aufzugeben und die Reform "nicht weiter zu verzögern". Sein Fraktionskollege Hans Michelbach (CSU) sagte dem Focus, die für den 10. April geplante Verabschiedung der Reform im Bundeskabinett sei angesichts von Scholz` Widerstand "nicht haltbar".

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-122384/union-dringt-auf-oeffnungsklausel-bei-grundsteuerreform.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619